



Wir sind das

# SOZIALE GEWISSEN

BM Mag. Herbert Haupt



Am 24. November 2002 ~~X~~ Liste 2 FPÖ 

[www.fpoekaernten.at](http://www.fpoekaernten.at)

Impressum: FPÖ Kärnten, Karfreitstraße 4, 9010 Klagenfurt, und  
Freiheitliche Akademie, Eblinggasse 14–16, 1010 Wien • kisi

[www.fpoekaernten.at](http://www.fpoekaernten.at)



## Inhalt

Vorwort  
Familie  
Familienhospizkarenz  
Jugend – Kinder  
Frauen  
Senioren  
Freiwillige  
Menschen mit Behinderung  
Entschädigungsleistungen  
Sozialversicherung  
Gesundheit  
Verbrauchergesundheit – Veterinärwesen  
Hotlines des BMSG



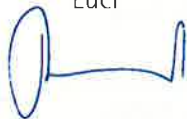
[www.fpoekaernten.at](http://www.fpoekaernten.at)

## Liebe Freunde!

Es ist mir gelungen, in den letzten zwei Jahren wichtige freiheitliche Anliegen in der Sozialpolitik umzusetzen. Darauf dürfen wir alle gemeinsam stolz sein.

Ich bitte Euch herzlich um Unterstützung für diesen Wahlkampf. Eine erfolgreiche freiheitliche Sozialpolitik ist für Kärnten und Österreich unverzichtbar.

Euer



Herbert Haupt



## Kindergeld – weltbeste Familienleistung

**44.146 Anträge (Stand: 4. 10. 2002)**

### Die Vorteile:

- 436 Euro monatlich bis zum dritten Geburtstag des Kindes
- Prinzip der Wahlfreiheit und Selbstbestimmung
- Erstmals Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich
- Jährlich Zuverdienstgrenze von 14.600 Euro
- Familienleistung statt Versicherungsleistung
- Intensive Betreuung wird abgegolten
- KBG-Bezieher sind krankenversichert und erwerben Pensionszeiten
- 18 Monate pensionsbegründende Beitragszeiten für KBG-Bezieher
- Mehr Finanzmittel für die Familien
- Kindergeld ist Investition in der Familiengründungsphase
- Kindergeld ermöglicht "Ja" zum Kind
- Regionaler Wirtschaftseffekt: 650 Mio. Euro
- Geburtenzahl steigt durch Kindergeld

## Weitere Verbesserungen

Familienbeihilfe: Ab 1. 1. 2002: 105,4 Euro (0–10 Jahre), 123,6 Euro (10–19 Jahre) und 145,4 Euro (19–26 Jahre) monatlich

Ab 1. 1. 2003: Erhöhung der Familienbeihilfe ab dem dritten Lebensjahr um 7,3 Euro monatlich

Erhöhung des Zuschlags für erheblich behinderte Kinder auf 131 Euro monatlich

Erhöhung des Mehrkindzuschlags auf 36,4 Euro monatlich

Pflegegeld für Kinder ab der Geburt

## Elternbildungs-Kampagne

Seit 1. 1. 2000 fördert das BMSG gemeinnützige Einrichtungen für qualitative Elternbildungsangebote.

## Audit Familie & Beruf für Unternehmen

Unternehmen werden motiviert, familienfreundliche Maßnahmen zu setzen. Mehr Familienfreundlichkeit in der Wirtschaft wirkt sich auch auf die Unternehmen selbst positiv aus.

## "Frauen- und familienfreundlichster Betrieb"

Unternehmen, die besonders frauen- und familienfreundlich sind, können an einem Wettbewerb teilnehmen und eine staatliche Auszeichnung erhalten.  
Pflegegeld für Kinder ab der Geburt.

## Audit familienfreundliche Gemeinde

Das BMSG entwickelt ein Zertifikat für eine "Familien- und kinderfreundliche Gemeinde" zur Anerkennung der wichtigen kommunalen Arbeit im Familienbereich.

## Familienkompetenzen als Nachweis für Wiedereinstieg in den Beruf

Das Projekt "Familienkompetenzen – Schlüssel für mehr Erfolg im Beruf" hilft Müttern und Vätern wieder beim Berufseinstieg. Kinderbetreuung macht selbstbewusst, qualifiziert für das Berufsleben und schafft dadurch Wettbewerbsvorteile.

## Plattform gegen die Gewalt in der Familie

Die Plattform gegen die Gewalt in der Familie ist das einzige österreichweite Netzwerk, in dem – derzeit 26 – etablierte Beratungseinrichtungen (Vernetzungsträger/innen) aus den Bereichen "Gewalt gegen Kinder", "Gewalt gegen Frauen", "Gewalt an/unter Jugendlichen", "Gewalt gegen ältere Menschen" zusammenarbeiten.

**Herbert Haupt:** "Die Familie ist ein zentrales Anliegen freiheitlicher Politik. Die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder und die Erziehung der Kinder in Familien hat für uns Freiheitliche Vorrang vor der Erziehung durch staatliche Einrichtungen."

## Familienhospizkarenz

Rechtsanspruch auf sechs Monate für Arbeitnehmer/innen zur Sterbebegleitung von Ehegatten, Verwandten, Adoptiv- und Pflegekindern, Lebensgefährten und Geschwistern. Karenz ist teilbar mit anderen Angehörigen.

Eine finanzielle Unterstützung kann beim BMSG beantragt werden.

Familienservice des BMSG: 0800/240 262

Ebenso kann Pflegegeld beantragt werden:

Pflegetelefon des BMSG: 0800/201 622

Wer die Familienhospizkarenz in Anspruch nimmt, ist kranken- und pensionsversichert. Die Ansprüche auf die Abfertigung bleiben erhalten.

Die Arbeitnehmer/innen sind während der Karenz kündigungs- und entlassungsgeschützt.

**Herbert Haupt:** "Unter dem Motto 'Unsere Welt menschlicher gestalten' haben wir die Voraussetzungen für die Begleitung und Betreuung schwerst kranker Menschen durch ihre Angehörigen geschaffen."

## Jugend – Kinder

### **(Wieder-)Einführung der Heimfahrtbeihilfe an Wochenenden für Schüler/innen und Lehrlinge**

Es ist wichtig, dass junge Menschen das Wochenende bei ihren Familien verbringen können.

## Bessere berufliche Perspektiven für junge Menschen

Lehrbetriebe werden finanziell entlastet, indem die Unfallversicherung die Kosten für den Unfallversicherungsschutz trägt.

Diese Regelung gilt unbefristet.

Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt leistet Zuschüsse an den Dienstgeber. So wird dieser entlastet, wenn ein Dienstnehmer einen Unfall erleidet.

Für die ersten zwei Lehrjahre gilt eine Befreiung von der Beitragspflicht in der Krankenversicherung.

Ab dem dritten Lehrjahr gibt es für den Dienstgeber und für den Lehrling einen begünstigten Beitragssatz.

## Neues Bundes-Jugendförderungsgesetz

Mit diesem wird die außerschulische Erziehung und Jugendarbeit gefördert.

### **Ziele sind:**

- Wahrnehmung von Anliegen und Interessen junger Menschen
- Mitbestimmung und Partizipation von jungen Menschen in allen Lebensbereichen

## Ein neues Bundes-Jugendvertretungsgesetz

Dieses regelt die Mitbestimmung der Jugend auf Bundesebene. In der Bundes-Jugendvertretung sind die Jugendorganisationen sowie auch Repräsentanten der offenen Jugendarbeit vertreten.

Die Österreichische Bundes-Jugendvertretung ist den gesetzlichen Interessenvertretungen der Dienstnehmer/innen, der Wirtschaftstreibenden, der Landwirte und des Österreichischen Seniorenrates gleichgestellt und ist somit die offizielle Vertretung der österreichischen Jugend im In- und Ausland.

## Harmonisierter Jugendschutz

Bis 2006 soll in Österreich der Jugendschutz, der bisher nicht einheitlich geregelt ist, harmonisiert werden.

## Gemeinsame Obsorge

Seit 2001 gibt es die Obsorge beider Eltern nach einer Scheidung oder Trennung. Der Elternteil, bei dem das Kind hauptsächlich lebt, ist jedenfalls mit der gesamten Obsorge (Pflege, Erziehung, gesetzliche Vertretung, Vermögensverwaltung) betraut.

## Mediation (für Konflikte in der Familie) und Kinderbegleitung in Scheidungssituationen

Bei Scheidungs- und Trennungssituationen können betroffene Kinder, aber auch deren Eltern bei der Bewältigung ihrer Probleme unterstützt werden.

## Prozessbegleitung für Kinder

Prozessbegleitung ist ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Situation von Opfern familiärer Gewalt.

## Kinderrechte

Die Rechtsstellung junger Menschen wird gestärkt, indem das Volljährigkeitsalter von 19 auf 18 abgesenkt wird.

**Herbert Haupt:** "Junge Menschen sind das Kapital für unsere Zukunft."

## Frauen

### 33 Frauenservice-Stellen in Österreich

Mädchen und Frauen erhalten dort Unterstützung und Beratung.

### Frauenbeschäftigung in Österreich

Zunahme der Frauenbeschäftigung von 1999 bis 2001 um 50.000.

Die Beschäftigungsquote ist in Österreich bedeutend höher als im europäischen Durchschnitt.

Die Statistik Austria bestätigt, dass die Zahl der erwerbstätigen Frauen stetig ansteigt; besonders stark gestiegen ist mit 10 % die Teilzeitbeschäftigung der Frauen.

### Kompatibilität Familie und Beruf

Mit der Einführung des Kindergelds ab 1. Jänner 2002 ist eine deutliche Besserstellung der Frauen im Hinblick auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Wiedereinstieg erreicht worden.

## Mehr Pensionsgerechtigkeit für Frauen

Die betreuende Mutter (der betreuende Vater) erhält pro Kind, für das Kindergeld bezogen wird, 18 Monate als pensionsbegründende Beitragszeiten angerechnet.

## Gleichbehandlungsanwaltschaften

Nach Wien und Innsbruck wurden auch regionale Büros in Graz und Klagenfurt eingerichtet.

## Gleichbehandlungskommissionsvorsitz hauptamtlich

Statt ehrenamtlich ist die Vorsitzende in der Gleichbehandlungskommission nun hauptamtlich tätig.



## Aufstiegchancen in der Informations- und Kommunikationstechnologie

Dazu gibt es ein gemeinsames "Frauen-Technologie-Projekt Österreich" des BMSG mit dem Infrastrukturministerium.

Ziel des Projektes ist Chancenverbesserung für Frauen im Bereich der neuen Technologien.

## Bekämpfung von Gewalt an Frauen und in der Familie

Fünf Notruftelefone in Österreich

Österreichweite kostenlose Frauen-Helpline rund um die Uhr

Langfristig sichergestellte Finanzierung von neun Interventionsstellen gegen die Gewalt an Frauen und in der Familie.

## Eigene Abteilung für Frauengesundheit im BMSG

Sie befasst sich mit allen Frauengesundheitsthemen, wie z. B. mit Schwangerschaft, Verhütung, Geburt, Essstörungen, Krebsvorsorge, Suchtprävention bis hin zur Frauengesundheitsforschung.

## Besondere Förderung der Frauen durch Behindertenmilliarde

Bei allen Fördermaßnahmen werden besonders auch Frauen mit Behinderung berücksichtigt.

**Herbert Haupt:** "Unsere Frauenpolitik spricht die Frauen in allen Lebensphasen an."

## Senioren

### Volle Inflationsabgeltung für kleinere und mittlere Pensionen

### Verankerung der Alterssicherung in der Bundesverfassung

Damit habe ich dem Wunsch der Seniorenverbände Rechnung getragen.

### Mitbestimmung durch Senioren- und Bundesseniorenbeirat

Neue Ära der Seniorenvertretung in Österreich

Der Seniorenrat ist nunmehr als Dachverband der Seniorenorganisationen in allen Angelegenheiten, welche die Interessen der österreichischen Senioren/innen berühren können, zuständig. Er ist den gesetzlichen Interessenvertretungen der Dienstnehmer, der Wirtschaftstreibenden und der Landwirte gleichgestellt.

## Gesamtösterreichischer Seniorenbericht

Erarbeitung eines gesamtösterreichischen Seniorenplans auf einstimmigen Antrag der im Bundesseniorenbeirat vertretenen Seniorenorganisationen.

### Zugang zu allen Formen der Bildung für Senioren/innen – lebenslanges Lernen

Der Zugang zu allen Formen der Bildung ist ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen.

### Muster-Heimvertrag

Der Muster-Heimvertrag wurde im BMSG entwickelt. Er soll die Rechte älterer Menschen, die in Heimen leben, stärken.

## Pensionsgerechtigkeit für Frauen

durch Anrechnung der Kinderbetreuung und Pflegeleistung

## Bürgerbüros für Jung und Alt

Derzeit gibt es in Österreich 28 Bürgerbüros. Sie sind eine Begegnungsstätte für die junge und ältere Generation.

## Seniorenhotline unter der Nummer 0800/240 262

Diese Telefonnummer kann kostenlos aus ganz Österreich angerufen werden.

## Ältere Menschen und neue Kommunikationstechnologien

Durch einen verstärkten Zugang zu neuen Kommunikationstechnologien wird die Ausgrenzung älterer Menschen vermieden. Für Seniorinnen und Senioren gibt es deshalb Internetkurse und Internetcafés.

## Freiwillige

### Einrichtung eines österreichischen Freiwilligenrates

Dadurch soll die verfassungsrechtliche Anerkennung des Ehrenamtes erreicht werden.

### Freiwilligentätigkeitsnachweis

Ein aussagekräftiger Tätigkeitsnachweis verschafft den Freiwilligen im gesellschaftlichen und insbesondere im Berufsleben Vorteile.

### EU-Austauschprogramm für ältere Freiwillige

Dieses Austauschprogramm bietet älteren Freiwilligen die Möglichkeit, in einem Land der Europäischen Union neue Erfahrungen zu sammeln.

### Freiwilligenhomepage [www.freiwilligenweb.at](http://www.freiwilligenweb.at)

## Menschen mit Behinderung

**Herbert Haupt:** "Menschen mit Behinderung sind Menschen wie du und ich. Ich kenne die Bedürfnisse dieser Menschen ganz genau. In meinem Leben war ich mehrmals auf den Rollstuhl angewiesen."

## Behindertenmilliarde – eine Beschäftigungsoffensive für behinderte Menschen

Das Ziel ist die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt.

Die Behindertenmilliarde richtet sich in gleicher Weise an Jugendliche mit Behinderung wie auch an ältere Menschen.

Frauen mit Behinderung finden dabei besondere Berücksichtigung.

Behindertenmilliarde 2001:

Es wurden insgesamt 349 Projekte genehmigt und mit 39,5 Mio. Euro gefördert.

An diesen Projekten nahmen 10.562 Personen teil.

Darüber hinaus wurden in 2935 Fällen Individualförderungen im Gesamtausmaß von 13,2 Mio. Euro ausbezahlt.

Behindertenmilliarde 2002:

Für das Jahr 2002 sind mit Stand 10. September 354 Projekte mit 11.393 Teilnehmern und einem Fördervolumen von 33,8 Mio. Euro bereits genehmigt.

Individualförderungen sind für 4018 Personen vorgesehen, wobei das Fördervolumen 17 Mio. Euro betragen soll.

## Vorbereitung des EU-Behindertenzjahres 2003

Ziel ist die Sensibilisierung und Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung. Das BMSG startet dazu eine österreichweite Informationskampagne.

## Tourismus ohne Barrieren – Wettbewerb

Mit der Initiative "Tourismus ohne Barrieren" soll die Tourismusbranche motiviert werden, auf die Bedürfnisse der behinderten Menschen verstärkt einzugehen.

Das BMSG hat eine Studie "Qualitätskriterien im Tourismus für behinderte und ältere Menschen" in Auftrag gegeben.

## Bundessozialämter – Neuordnung

Ab 1. 1. 2003 wird eine zeitgemäße und effiziente Organisation des neuen Bundessozialamtes umgesetzt.

In jeder Landeshauptstadt gibt es dann eine Landesstelle.

Die Neuordnung bringt Aufgabenentflechtung und Beseitigung von Doppelgleisigkeiten zwischen Bund und Ländern in der Behindertenpolitik.

## Erhöhung der Versehrtenrente

Für Schwerversehrte wird die Zusatzrente, auf die sie Anspruch haben, von 20 auf 50 % angehoben.

## Unterstützungsfonds für Unfallrentner

Die Besteuerung der Unfallrenten konnte aus Mitteln des Unterstützungsfonds bedeutend abgemildert werden. Bisher wurden rund 41.000 Anträge auf Abgeltung bei den Bundessozialämtern eingebracht.

## Höhere Ausgleichstaxe

Mit Wirkung vom 1. 7. 2001 wurde die Ausgleichstaxe um 30 % auf 196,22 Euro erhöht.

## Hochwasserhilfe für Menschen mit Behinderung

Das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen stellt dafür 10 Mio. Euro bereit. Die Abwicklung erfolgt über die Bundessozialämter.

## Unternehmerservice zur Einstellung behinderter Menschen

Ein spezieller Unternehmerservice motiviert zur Einstellung behinderter Menschen und liefert die notwendige Unterstützung.

## Datenbank HANDYNET-Österreich

Über das Internet sind Informationen zu den technischen Hilfsmitteln für behinderte und/oder ältere Menschen abzurufen. Ebenso wird zu Pflegeheimen informiert.

## Entschädigungsleistungen

**Herbert Haupt:** "Es ist ein Akt der Pietät und Achtung vor unseren Vätern und Müttern, die in den Weltkriegen großes Leid erfahren mussten."

### Weltkriegsgefangene Ost und West

Weltkriegsgefangene erhalten, sowie auch zivilinternierte Personen (Heimatvertriebene), erstmals eine Entschädigung. Die Regelung gilt für Ost-Gefangene ab 2001, für Gefangene der Westalliierten ab 1. 1. 2002 (rückwirkend).

Monatlich zwischen 14,53 und 36,34 Euro steuerfrei je nach Dauer der Gefangenschaft.

Voraussetzung: österreichische Staatsbürgerschaft; Bezug ist nicht an Aufenthalt in Österreich gebunden.

Der Antrag ist beim zuständigen Pensionsversicherungsträger einzubringen.

## Entschädigung für NS-Opfer

Es gibt nun einen Anspruch auf Pflegegeldauszahlung für die Stufen 1 bis 7 (bisher nur Stufe 2).

Für den Bezug einer Opferrente entfällt die Staatsbürgerschaft als Anspruchsvoraussetzung.

Begünstigter Nachkauf von Pensionszeiten.

## Volksdeutsche Landsmannschaften in Österreich

Auf besondere Initiative des Sozialministers beschließt der Nationalrat, vier Millionen Euro für die volksdeutschen Landsmannschaften zur Verfügung zu stellen.

Das Geld ist für die Interessenvertretung der deutschsprachigen Heimatvertriebenen in Österreich bestimmt.

## Sozialversicherung

**Herbert Haupt:** "Unser Ziel ist es, aus den Sozialversicherungen moderne und bürgerfreundliche Institutionen zu machen."

### Neuordnung des Hauptverbandes

Eine weit gehende Entpolitisierung der zentralen Bereiche erleichtert das Erreichen von sachorientierten Lösungen.

Unvereinbarkeitsregelungen helfen Interessenkollisionen vermeiden.

### Zusammenlegung der PVAng und PVArb

Ab 1. 1. 2003 wird es für alle Arbeitnehmer/innen einen Ansprechpartner in Fragen ihrer Pension geben

Sozialversicherung wird kundenfreundlicher

Lange Wartezeiten bei Untersuchungen gehören der Vergangenheit an.

## Chipkarte

Ab 1. 1. 2005:

Billige Chipkarte um zehn Euro pro Jahr ersetzt teure Krankenscheingebühr. Diese kann bis zu 58 Euro im Jahr betragen.

Verwaltungseinsparung kommt 1:1 dem Patienten zugute.

Leichter Zugang zum Arzt.

Von der Chipkarte ausgenommen sind Kinder, Pensionisten und Ausgleichszulagenbezieher.

Chipkarte bringt einfacheren Zugang zu ärztlicher Hilfe.

Speicherung von Notfalldaten möglich.

### Krankenkassen-Ausgleichsfonds

Verwirklichung des Solidarprinzips. "Reichere" Kassen zahlen mehr in den Ausgleichsfonds ein. Die Mittel kommen den "ärmeren" Kassen zugute.

## Behandlungsbeitrag-Ambulanz noch patientenfreundlicher

Zahlreiche Ausnahmen machen den Behandlungsbeitrag-Ambulanz sozial verträglich. Der Behandlungsbeitrag-Ambulanz kommt den Versicherten billiger als eine allgemeine Erhöhung der Sozialversicherung.

## Gesundheit

**Herbert Haupt:** "Die Gesundheit ist das wichtigste Gut des Menschen. Eine Zweiklassenmedizin kommt für mich nicht in Frage."

Erstellung eines österreichischen Gesundheitsplanes  
Einrichtung von Gruppenpraxen  
Verbesserte extramurale Versorgung  
Harmonisierte Ausbildung im Pflegebereich

## Hepatitis-C-Fonds

Auf Initiative des Sozialministers wurde ein Hepatitis-C-Fonds eingerichtet.

## Vereinbarung zum Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung

Zur Versorgung von unheilbar kranken Personen wurden palliativmedizinische Einrichtungen vorgesehen. Dazu gibt es eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern. Ziel sind österreichweit rund 400 Palliativbetten.

## Ausbau der Akutgeriatrie

Ein flächendeckender Ausbau von Einrichtungen zur Akutgeriatrie wird angestrebt, um das Spitalsversorgungsangebot der wachsenden Zahl älterer Menschen anzupassen.



## Ausweitung der Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind

### Verbrauchergesundheit – Veterinärwesen

**Herbert Haupt:** "Österreich ist ein Feinkostladen. Und so soll es auch bleiben."

### Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit

Aus dem BMSG werden 14 Anstalten und aus dem Bereich des BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft drei Bundesämter in der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit zusammengefasst. Das Ziel: mehr Qualität bei Lebensmitteln, mehr Schutz für Menschen, Tiere und Pflanzen.

## Effiziente BSE- und MKS-Prävention

Österreich blieb durch professionelles Management weitgehend von BSE verschont. Die österreichischen Maßnahmen gegen BSE und Maul- und Klauenseuche (MKS) waren Vorbild für ganz Europa.

## Tierarzneimittelkontrollgesetz

Dieses regelt unter anderem, welche Tierarzneimittel an Züchter und Bauern abgegeben werden dürfen.

Die illegale Anwendung von Medikamenten in der Tierzucht wird schärfer geahndet. Eine Tiergesundheitsdienst-Verordnung wurde jüngst vom Gesundheitsminister unterschrieben.

## Tierärztegesetz

Die Österreichische Tierärztekammer wird neu organisiert.

## Hotlines des BMSG

<b>Familienservice:</b>	<b>0800/240 262</b>
<b>Sozialtelefon:</b>	<b>0800/201 611</b>
<b>Pflegetelefon:</b>	<b>0800/201 622</b>
<b>Jugend-Info:</b>	<b>0800/240 266</b>

## Notizen

---

---

---

---

---

---

---

---